

# Warum die Uno ein Problem bleibt

Diethelm Raff, 11.3.2002

**Die Zustimmung des Volkes zum Uno-Beitritt muss akzeptiert werden, auch wenn die massive Manipulation durch die 432 „Kommunikationsberater“ des Bundes die freie und unverfälschte Willensbildung verhindert hat. Sachliche Gründe gegen eine Mitgliedschaft gibt es in grosser Zahl. Der Beitritt zur Uno und mit diesem der Verlust der Neutralität wird in Zukunft für die Schweiz grosse negative Auswirkungen haben, insbesondere wird die Schweiz in die zunehmend kriegerische Durchsetzung von Grossmachtinteressen auf der ganzen Welt hineingezogen und verliert ihre Möglichkeiten zum friedlichen Ausgleich. Wir ersuchen, das Zeitgeschehen genau zu beobachten, mitzudenken und zu überlegen, wie wir das friedliche Zusammenleben gegen die Kriegsfürsten durchsetzen können. Zum Beispiel muss es jedem aufstossen, wenn der US-abhängige Generalsekretär der Uno, Kofi Annan, der von aussen eingesetzten „Regierung“ in Afghanistan eine Liste mit denjenigen Namen überreicht, die die neue Verfassung schreiben werden. Oder wenn die Uno-Verwaltung in Osttimor mit Grosskonzernen Verträge über die Ausbeutung von Rohstoffen abschliesst. Die Uno bleibt ein Problem. Deshalb wollen wir einige der wichtigsten Argumente gegen die Uno darlegen, die für alle Bürger in jedem Land durch die Uno hervorgerufen werden.**

## **Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung nur ohne Uno**

**Eine unvoreingenommene Untersuchung der Uno und von deren Zielen zeigt, dass es mit dieser Organisation keine freien Bürger mehr gibt, die in Frieden miteinander leben können. Insbesondere die Veränderungen der Uno in den letzten 10 Jahren führen dazu, dass alle grossen Errungenschaften zerstört werden, die uns Menschen ermöglicht hat, unserer Natur gemäss zu leben. Es ist ein beabsichtigter Schachzug der Meinungsmanipulatoren, nach der Abstimmung über den Uno-Beitritt in der Schweiz alle mit Spott und Häme zu überziehen, die mit guten Gründen für Frieden, Freiheit und Menschenrechte gegen den Uno-Beitritt gestimmt haben. So sollen die übers Ohr gehauenen Zustimmenden davon abgelenkt werden, dass sie grundlegende Rechte verloren haben.**

**Diese verlorenen Rechte müssen wir Bürger uns nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Ländern wieder aneignen - leider wie in früheren Zeiten unter grössten Anstrengungen und Opfern. Eine starke Lobby auch unter dem Dach der Uno, die autoritäre, zentralistische und kriegerische Verhältnisse auf unserer Erde erzwingt, steht den demokratischen Bestrebungen entgegen. Diese Uno bleibt unser Problem.**

## **Die Uno als Teil der «einzigsten Weltmacht»**

**«Die einzige Weltmacht» USA, wie sie vom einflussreichen US-Geostrategen Zbigniew Brzezinski im gleichnamigen Buch genannt wird, macht sich im Rahmen von «Amerikas Strategie der Vorherrschaft» die Uno untertan. Die Pläne zur Beherrschung der Welt sind nur so durchsetzbar. Deshalb hat die USA gegen den Willen der grossen Mehrheit der Länder ihren eigenen UN-Generalsekretär gebacken: Kofi Annan. Der von den meisten Ländern für eine zweite Amtsperiode vorgeschlagene Boutros Ghali hat seinen Rauswurf mehrfach öffentlich damit erklärt, dass er die Forderungen der USA zu wenig erfüllt hätte. Da die Grossmächte schon beim Wahlvorschlag des Generalsekretärs ein**

**Veto-Recht besitzen, konnte die USA ihren eigenen Generalsekretär bestimmen.**

**Wie in Zeit-Fragen berichtet (Nr. 8 vom 18. Februar S. 9/10, [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)), stellte das einflussreiche Magazin «Foreign Affairs» im September 2000 die Strategie zur Unterordnung der Uno unter die US-Grossmachtinteressen dar. Die UN-Organisationen in New York werden direkt den US-Abteilungen angeschlossen. Die USA diktieren der Uno, in welchen Regionen sie unter dem Titel der «friedenserhaltenden Entwicklung und humanitären Hilfe» eingreift. Über die Uno können die Kosten der Kriege an andere Länder übertragen und die Nicht-Regierungsorganisationen in die Beherrschung der Welt ausserhalb der demokratischen Abläufe eingebaut werden. Es wurde versprochen, die jahrelange Kritik der Konservativen an der Uno und die Verweigerung von Milliarden von Dollar aufzugeben, sobald die Uno ausführt, was der US-Präsident ihnen diktiert. Dies ist im Afghanistan-Krieg unter dem Titel der «Bekämpfung des Terrorismus» geschehen.**

**Die Uno plant Krieg und rechtfertigt Kriege der Grossmächte**

**Die Rechtfertigung für die Uno-Kriege lieferte die von Kofi Annan eingesetzte Strategieguppe unter Lakhdar Brahimi am 21. August 2000 ([www.un.org/peace/reports/peace-operations](http://www.un.org/peace/reports/peace-operations), vgl Zeit-Fragen Nr. 3 vom 14. Januar, S.1ff). Die Umsetzung besorgte Brahimi als Uno-Vertreter für Afghanistan. Der Brahimi-Bericht will, dass die Uno oder von ihr mandatierte Grossmächte «robuste Einsätze» und «Anwendung roher Gewalt gegen Friedensstörer» einsetzt. Die Uno soll der absurden Doktrin folgen, nach der Frieden mit Waffen erzwungen werden kann. Die Uno braucht dafür schnelle Eingreiftruppen (Abschnitt 91, 115), die an fünf Orten gleichzeitig Krieg führen können (169b) und so stark sind, dass sie auf jeden Fall gewinnen. Diese Truppen sollen in innerstaatliche Konflikte eingreifen können (18) und damit die Souveränität der Staaten im engsten Bereich auflösen. Ein eigener UN-Geheimdienst kann in allen Ländern tätig werden und feststellen, wann die Uno mit verschiedensten Mitteln in den Ländern eingreifen muss, um «frühzeitig» Konflikte mit verschiedensten Mitteln zu bekämpfen. Die Kriege sollen von Mächten geführt werden, die effizient vorgehen können, also die Grossmächte. Die Uno richtet anschliessend Protektorate ein, mit denen die kolonialistischen Eroberungen abgesichert werden. Diese Uno bleibt ein schwerwiegendes Problem.**

**Für Grossmachtpolitik setzt die Uno die eigene Charta ausser Kraft**

**Die Uno hebt damit unter dem Druck der USA und anderer Grossmächte ihre eigene Charta auf (Präambel, Art. 1 und 2), in der das Selbstbestimmungsrecht und die Gleichberechtigung aller Nationen verankert ist. Kriege werden in dieser Charta untersagt, friedliche Lösung von Konflikten gefordert, Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates verboten. Die USA und die Nato haben gegen diese Charta bereits beim Bombardement von Jugoslawien verstossen, ohne dass Kofi Annan auch nur protestiert hat (Zeit-Fragen Nr. 5 vom 28. Januar, S. 3f)). Sie verstiessen dagegen in Afghanistan und drohen jetzt mindestens 30 weiteren Ländern mit Krieg. In Tat und Wahrheit geht es in Afghanistan um Pipelines (Zeit-Fragen Nr. 45 vom 12.11.2001, S. 10f, Nr. 42 vom 22.10.2001, S. 4f) und um Einfluss in der Ölregion, was den USA mit dem Bau zweier Flughäfen in Kirgistan und Usbekistan im Rahmen der «Terrorismusbekämpfung» gelungen ist. Die Uno unterstützt die Grossmachtpolitik, indem sie mit einer «Friedenskonferenz» die US-Uno-hörigen Anführer verschiedener Banditengruppen als Marionettenregierung einsetzt (Zeit-Fragen Nr.49 vom 10.12.2001, S. 2) Anstatt die USA**

wegen Verstosses gegen die UN-Charta zu verurteilen oder sie im Sinne der zur Zeit angewandten US-Strategie gar zu bombardieren schweigt die US-Uno nicht nur, sondern unterstützt diese imperialistische Strategie mit der Bildung von Protektoraten.

Im Gegensatz zur Erklärung der Menschenrechte von 1948 (Art. 16.3) gilt Ehe und Familie in der Uno seit Anfang der 90er Jahre (mit der Kinderrechtskonvention) nicht mehr als natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft und hat somit auch keinen Anspruch mehr auf Schutz durch Gesellschaft und Staat. Damit verliert der Bürger einen wichtigen Schutz gegen diktatorische Eingriffe. In allen Uno-Dokumenten gibt es nur noch Haushalte, die als Verwaltungseinheit für die Durchsetzung der neuen Uno-Normen gesehen werden. Die Uno bleibt unser Problem.

**Uno schafft Rechtfertigungsideologie für Grossmachtsbestrebungen**

Der Widerstand gegen diese Kriegsstrategie war sehr gross, weshalb Kofi Annan mit einem Bericht am 1. Juni 2001 alles zu verharmlosen versuchte (Implementation of the recommendation of the Special Committee on Peacekeeping Operations on the Panel on United Nations Peace Operations, A/55/977), gleichzeitig aber eine bessere ideologische Rechtfertigung für das Kriegskonzept ausarbeitete.

Damit die Volkssouveränität gebrochen werden kann, brauchte es aber noch eine weitere Strategiegruppe. Kofi Annan konnte sie diesmal nicht selbst einsetzen, weil die souveränen Länder genauer auf deren Zusammensetzung geachtet hätten. Man wählte deshalb den Weg, dass Kanada die «Internationale Kommission über Intervention und staatliche Souveränität» (ICISS) bestimmte und einen Bericht an die Uno ausarbeitete. Diese Strategiegruppe legte fest, dass die Supermacht US-Uno mit Krieg drohen oder gegebenenfalls Krieg führen kann, wenn ein Staat unfähig oder nicht willens ist, seine Bevölkerung zu schützen. Die Kommission stellte fest, dass der Begriff «humanitäre Intervention» immer noch zu deutlich macht, dass ein illegaler gewalttätiger Eingriff von aussen stattfindet. Der US-Uno-Krieg heisst jetzt «Verantwortung zum Schutz», so wie auch der Titel des Abschlussdokumentes. Die Spin-doctors im Hintergrund wollen, dass ausgerechnet der Uno-Sicherheitsrat in Zukunft beurteilen soll, ob eine Regierung zu wenig gegen die Not der Bevölkerung unternehme. Der von den Grossmächten dominierte Sicherheitsrat solle deshalb in Zukunft sogar entscheiden, wann die Bevölkerung in irgendeinem Land durch die US-Uno-Truppen geschützt werden müsse. Wie freundlich, dass der Sicherheitsrat in diesem Sinn eine «moralische Verantwortung» für die Menschen in der ganzen Welt übernimmt und damit das Recht zerstört, das Recht jedes Bürgers auf Selbstbestimmung. Jeder weiss, dass die Grossmächte mit ihrem Vetorecht im Sicherheitsrat immer dann eine Schutzbedürftigkeit der Bevölkerung feststellen werden, wenn geostrategische oder Rohstoffinteressen in einem Land durchzusetzen sind. Schon in Kolonialzeiten war die Begründung für die Unterdrückung genau dieselbe und von deutschen «Schutztruppen» in Deutsch-Südwestafrika und Togo kann man vor der nächsten Geschichtsumschreibung immer noch in Schulbüchern lesen.

An der zur Zeit stattfindenden Frauenkonferenz in New York wird das Konzept des Krieges zur Befreiung der Frauen aus dem Afghanistan-Krieg ausformuliert. Unter dem Titel „Armut ist weiblich“ wollen die trotzkistisch dominierten Feministinnen in der Uno eine Kriegsgrundlage schaffen. Es läuft darauf hinaus, dass in der Welt Konflikte nicht mehr mit friedlichen Mitteln geregelt werden, sondern nur noch mit Krieg Interessen durchgesetzt werden. Die Uno bleibt unser Problem.

**Es wird Zeit, dass derjenige Teil der Friedensbewegung, der bis heute der undemokratischen Uno das Recht auf Krieg zugestehen wollte, von dieser Konzeption Abstand nimmt, die vielleicht einmal gedanklich einen Sinn gemacht hat. Die Bürger müssen über Krieg und Frieden entscheiden können und nicht ein Gremium der Grossmächte (im Sicherheitsrat).**

#### **Uno – Einsätze: Tod und Verderben für die Zivilbevölkerung**

**Zur Grossmachtspolitik der Uno passt, dass die Uno-Einsätze in der ganzen Welt keine Hilfe gebracht haben, wie im Brahimi-Report selbst dargestellt worden ist. Im Irak sind nach Uno-Angaben mindestens 800000 Menschen, eher 1,2 Millionen vor allem Kinder, am Uno-Embargo gestorben, das unter anderem verbot, Medikamente einzuführen. Die Bevölkerung hat bis heute zu wenig Nahrungsmittel, weil die von den US-Bomben gezielt zerstörten Bewässerungsanlagen nicht ersetzt werden können. Die Uno hat sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Drei Verantwortliche der Uno- Hilfsprogramme im Irak, eine Schweizerin, ein Deutscher und ein Ire, sind aus Protest gegen die Fortdauer dieses Verbrechen zurückgetreten. In Ruanda hat unter anderem Kofi Annan persönlich zu verantworten, dass Hunderttausende von Tutsis ermordet wurden. (Zeit-Fragen Nr.9 vom 25.Februar, S.3f) Die Uno lieferte sie auf Geheiss der USA trotz detaillierten Berichten den Möderbanden aus. Die Uno Mission in der Westsahara brachte Krieg statt Frieden für die Bevölkerung (Zeit-Fragen Nr. 3 vom 14. Januar, S. 5). In Tschetschenien lässt die Uno auf Geheiss von Russland Terror und Elend zu. (Zeit-Fragen Nr. 3 vom 14. Januar, S. 7) In Palästina schaut die Uno wegen dem US-Veto seit 50 Jahren zu, wie ein Krieg nach dem anderen provoziert wird, weil das Selbstbestimmungsrecht einem der Völker, den Palästinensern, verweigert wird (Zeit-Fragen Nr. 8 vom 18. Februar). In Osttimor liess die Uno jahrzehntelang die Unterdrückung durch Osstimor zu und griff erst ein, als es um geostrategische Interessen ging. Sie entmündigt die Bevölkerung, stülpt ihr eine Kolonialverwaltung über und schliesst sogar Verträge zur Ausbeutung der Rohstoffe mit Grosskonzernen ab (Zeit-Fragen Nr. 9 vom 25.Februar, S. 5). In Kambodscha haben die Uno-Truppen der Bevölkerung Aids gebracht, die Kriegsverbrecher werden durch die Uno geschützt (Zeit-Fragen Nr. 8 vom 18. Februar, S. 8). Friede ist mehr als momentane Abwesenheit von Krieg. Dafür hat die Uno nirgends etwas getan (Zeit-Fragen, Nr. 48 vom 3.12.2001, S. 9f).**

#### **Uno lässt Menschenrechtsverletzungen der Grossmächte zu**

**Ganz offensichtliche Menschenrechtsverletzungen durch die Grossmächte oder von den von diesen Beauftragten wie die Misshandlung von afghanischen Kriegsgefangenen durch die USA (Zeit-Fragen Nr.48 vom 3.12.2001, S. 2f, Nr. 9 vom 25. Februar, S. 7), die Greuel des ersten afrikanischen Weltkrieges (Zeit-Fragen Nr. 6 vom 4. Februar) die gezielte zweimalige Bombardierung des Roten Kreuzes in Afghanistan (Zeit-Fragen Nr.42 vom 22.10.2001, S.1f) verurteilt die Uno nie.**

#### **Die Uno als Vehikel der autoritären Weltsteuerung**

**Unter dem Titel von «Global Governance» (Globale Steuerung) verfolgt die Uno seit 15 Jahren ganz offen ein Konzept wie sie Menschen auf der ganzen Welt immer mehr unter Kontrolle bringt. Wichtigste Massnahme ist dabei, die Nationalstaaten zu schwächen und dabei den Menschen die bisher einzige Möglichkeit nehmen, über sich selbst zu bestimmen – falls diese Nationalstaaten demokratisch sind. Die Uno schafft dafür**

**immer mehr eigene normsetzende, von niemandem gewählte Institutionen, fördert undemokratische Zusammenschlüsse (EU, Afrikanische Union, ASEAN, NAFTA), verleiht den demokratisch nicht legitimierten grossen Nicht-Regierungsorganisationen Rechte und Einfluss, die damit den Bürgern entzogen werden, gibt den Grossstädten auf der Welt Vorrechte («lokale Behörden»), weil in diesen die Vorherrschaft angesiedelt sein muss. (Zeit-Fragen Nr. 4 vom 21. Januar) Die Uno selbst stellt ihre Machtstrategie im Buch «Ahead of the Curve», einer Veröffentlichung der Uno-Arbeitsgruppe «Geschichte der Uno», sehr genau dar. (Ahead of the Curve? UN Ideas and Global Challenges, Louis Emmerij, Richard Jolly and Thomas G. Weiss mit Vorwort von Kofi Annan, Indiana University Press, 2001). Die Autoren schreiben, dass die Uno ein Konferenzsystem in den 90er Jahren institutionalisierte, das als Transmissionsriemen für Normen diente, die durch immer bessere Instrumente auf der ganzen Welt durchgesetzt wurden (S. 80ff). Dazu gehört ein Generalsekretär (wie er im kommunistischen Osten üblich war), zum Beispiel der berühmte Maurice Strong, dazu eine Serie von Vorbereitungskonferenzen, an denen die beteiligten Ländervertreter mit psychotechnischen Methoden und handfesten Drohungen auf Linie gebracht werden, dazu gehört die Beteiligung von grossen Nichtregierungsorganisationen, die die Kontrolle über die Menschen ausüben sollen, dann ein Abschlussdokument mit einem Aktionsprogramm sowie Nachfolgekongressen, an denen überprüft werden kann, welches Land welche Forderungen bereits umgesetzt hat, dazu noch Kontrollinstitutionen. Sanktionen bei Nichteinhaltung werden den Ländern zum Beispiel innerhalb der EU von der Kommission angedroht. Entwicklungsländer droht man offen mit dem Stopp der Unterstützung durch EU, USA, Kanada, Australien, wenn sie die entsprechenden Normen nicht einhalten. Es wird betont, dass der Umweltschutz eine gute Begründung für die Durchsetzung dieser undemokratisch zustand gekommenen Entscheidungen darstellte. Die Autoren beschreiben exakt, wie bewusst daran gearbeitet wurde, die Souveränität der Länder aufzuheben und wie es nur noch darum ging, neue Gesellschaftsstrukturen in der ganzen Welt zu erzwingen sowie das Verhalten, die Werte, die Einstellungen der Menschen auf der ganzen Welt von der Uno her zu bestimmen. Das heisst, damit wird in den demokratischen Ländern systematisch und ganz bewusst die Kontrolle der Bürger über das eigene Leben ausgeschaltet und ein weltweites System analog dem ehemaligen Osten aufzubauen, deren Kontrollmechanismen allerdings besser funktionieren sollten. Der Unterschied bestand auch darin, dass die Grosskonzerne in dieser schönen neuen Welt ebenfalls teilhaben sollten. Die Uno bleibt ein Problem für jeden demokratisch gesinnten Bürger.**

#### **Die Uno schützt die Grosskonzerne**

**Die neue Uno hilft den multinationalen Konzernen, sich der Globalisierungsgegner zu entledigen und ihre rein börsenorientierten Geschäfte ohne Anbindung an die Bürger durchführen zu können. Dazu hat Kofi Annan in Davos 1999 den Globalen Pakt mit den 1000 grössten Konzernen ausgerufen. Die Grosskonzerne verpflichten sich darin zu minimalen Standards und die Uno verspricht ihnen, sie nicht mehr zu kritisieren. Die Schweizer Grosskonzerne, insbesondere Marcel Ospel von der sich längst aus der Schweiz abgemeldeten UBS erklären in ihrem Propagandaheft zur Uno-Abstimmung «Facts der Wirtschaft» (S. 10): «Wegen der wachsenden Opposition gegen die Globalisierung hat der Generalsekretär der Uno, Kofi Annan, den «Globalen Pakt» (Global Compact) zwischen den Vereinten Nationen, der globalen Privatwirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen (NGO) angeregt.» (Zeit-Fragen Nr. 5 vom 28. Januar) Dazu gehört, dass die Uno die Entwicklung der Gentechnik in den Grosskonzernen vor deren Kritikern schützt und durchsetzt. Verschiedene Diskussionsforen dienen nur dazu, die Kritiker zu beschäftigen. Die Gentechnik ist der Schlüssel für eine neue Form**

**der Biowaffen, die für die Befriedung der Untertanen im neuen Machtgefüge notwendig sein können.**

**Der Schutz der Grosskonzerne dient ebenfalls der Aufhebung des Selbstbestimmungsrechtes der Bürger. Zum Beispiel werden selbstverwaltete Versorgungseinrichtungen («Dienstleistungen») wie Wasser, Strom und Telekommunikation aus den Händen der Gemeinden oder Staaten genommen, meist unter dem Titel Ausgliederung aus der Verwaltung und in Aktiengesellschaften oder GmbHs überführt. Diese werden nach und nach von Grosskonzernen aufgekauft, den Bürgern entzogen und dem Profit ausgesetzt, so dass die Versorgung ausser in den Grosstädten verschlechtert oder zerstört wird. Die zentralistische Linke erhofft sich dann eine Revolution, um diese Einrichtungen im Weltzentralstaat wieder unter ihre Kontrolle bringen zu können, die Grosskonzerne denken an exorbitante Gewinne an Gütern, die lebensnotwendig sind und deshalb unabhängig vom Preis gekauft werden müssen. Durchgesetzt wird dieses System unter anderem durch den IWF und die Weltbank, die nur Gelder sprechen, wenn dafür die Versorgungssysteme privatisiert werden. Für die restlichen Länder soll die Privatisierung mit dem zur Zeit laufenden Verhandlungen über die Dienstleistungen innerhalb der WTO (Gats) durchgesetzt werden. Die WTO soll an der kommenden Uno-Konferenz in Monterrey noch enger an die Uno gebunden werden. Die Schweiz zum Beispiel müsste dann ihre (ausgliederte) Wasserversorgung auch ausländischen Konzernen ausliefern.**

**Die Uno macht sich finanziell unabhängig**

**Nachdem ein Fülle von Normen zur Zerstörung der Souveränität und entsprechende Durchsetzungsmechanismen im Laufe der 90er Jahre eingeführt worden sind, hielt die uno die zeit für gekommen, dass sie sich finanziell von den Staaten unabhängig macht. An der kommenden Konferenz in Monterrey wird beschlossen, wie weit die Grosskonzerne die Uno direkt finanzieren und wie die Uno von den Menschen direkt Steuern eintreiben kann, also Steuerhoheit erreicht, eine weiterer Abbau der Souveränität der Staaten (Zeit-Fragen Nr.4 vom 21. Januar, S.5) (Monterrey [www.un.org/News/facts/conferes.htm](http://www.un.org/News/facts/conferes.htm), [www.un.org/esa/ffd/0102Facilit-text.htm](http://www.un.org/esa/ffd/0102Facilit-text.htm))**

**Das Prinzip der Uno lässt Neutralität nicht zu**

**Innerhalb des Weltsteuerungswahns darf es keine selbstbestimmten Bürger mehr geben. Mit den 12 Millionen Franken der Schweizer Grosskonzerne zur Manipulation der Schweizer Stimmbürger haben sie gegenüber der Uno einen Kniefall gemacht. Als Teil des Global Compact von Kofi Annan haben sie sich ihren Platz für die Beteiligung an der Weltmacht gesichert. Die Uno-Charta verbietet selbstverständlich die Neutralität. Am Tag nach der Abstimmung machte das die SP in ihrer Presseerklärung deutlich, ebenso die grossen Medien wie der «Tages-Anzeiger» «Von der klassischen Neutralität trennt man sich nur schwer. Gestern hat eine Mehrheit Ja gesagt zu der neuen Realität einer globalisierten Welt. Der Neutralitätsmythos ist gebrochen». Die Medien wissen genau: Die Bürger verlieren ihre Rechte in dieser globalisierten Welt und sie verlieren den Frieden. Sie haben zwar Ja gesagt, aber nur weil man sie bewusst angelogen hat. Man behauptete, die Neutralität bleiben erhalten. Facts lässt in der ersten Ausgabe nach der Abstimmung den ehemaligen deutschen Aussenminister Klaus Kinkel erklären, dass mit dem Uno Beitritt auch Militäreinsätze verbunden sind: Frage: «Erwarten Sie auch die Beteiligung an militärischen Aktionen? – Kinkel: «Ich will die Schweizer nicht erschrecken, aber natürlich kann die Uno-Mitgliedschaft letztlich auch ein militärisches Engagement bedeuten.» Jeder, der dies vor der Abstimmung behauptete, wurde wochenlang in farbigen Annoncen als Lügner bezeichnet. Der Umbau der autoritären, kriegerischen US-Uno-Welt muss so schnell gehen, dass den Bürgern einen Tag nach**

**der Abstimmung erklärt wird, dass sie über etwas ganz anderes abgestimmt haben, als man ihnen monatelang vorgemacht hat.**

**Es ist daran zu erinnern: Die Schweizerische Konzeption der Neutralität war vor ihrer Abschaffung kein Abseitsstehen, sondern ein Prinzip der Beschränkung von Macht und damit der Verhinderung von Krieg. Zur Konzeption des Friedens gehört auch eine Machtverhinderungsstrategie im Inneren: Freiwilliger Zusammenschluss zum Zwecke der freiheitlichen und basisdemokratischen Regelung der eigenen Angelegenheiten, Kleinstaatlichkeit und Unabhängigkeit von Grossmächten, Selbstbestimmung, direkte Demokratie und Föderalismus und die damit zusammenhängende Ausrichtung der seelischen und geistigen Kräfte auf die Hilfeleistung, die neutral ist, weshalb auch nur daraus Rote Kreuz entstehen konnte. (vgl. Peter Mattmann-Allamand, Zeit-Fragen 10.12.2001: Die Schweizer Neutralität als Friedenskonzept).**